

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 6

Artikel: H-Bomben in Heimarbeit
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141770>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vorstehende Ausführungen zeigen, wie in Amerika unter sehr schwierigen Bedingungen versucht wird, einen Ausweg aus Krisen der heutigen Lage zu finden. Das Vorgehen der General-Motors-Kampagne mag politischen Praktikern hierzulande etwas wirklichkeitsfremd vorkommen. *Zuzugeben ist, dass ihre Überlegungen wie ihre Methoden noch vor zehn Jahren in den USA undenkbar gewesen wären. Doch heute ist das Bewusstsein der amerikanischen Öffentlichkeit durch den Krieg in Vietnam und durch tragische Entwicklungen innerhalb der Nation so aufgewühlt, dass man der General-Motors-Kampagne eine Chance nicht absprechen kann, um so mehr, als für die Bewegung eine so überragende Persönlichkeit wie Ralph Nader sich einsetzt.*

(Aus «Science», 24. April 1970)

H-Bomben in Heimarbeit

Ein Dreierabkommen zwischen England, Holland und Deutschland rückt die Herstellung von Nuklearbomben in den Bereich der Politik auch kleinerer Mächte.

Der Abschluss dieses Abkommens wurde dem House of Commons bekanntgegeben am letzten Tage vor der Weihnachtspause, an dem Tage also, an dem am wenigsten eine störende Erörterung darüber zu befürchten war. Im Parlament wurde wenig Aufhebens von der Sache gemacht, und die Presse, mit rühmlicher Ausnahme eines Artikels von *Leonard Beaton* in der «Times», schwieg sich darüber aus.

Westdeutschland und Holland sind schon durch den Gemeinsamen Markt verpflichtet, alle nuklearen Informationen, die sie aus irgendeiner Quelle erhalten, den übrigen Mitgliedern bekanntzugeben. Über diese unmittelbare Wahrscheinlichkeit der Verbreitung nuklearen Wissens hinaus mögen nun andere Länder Kenntnis einer neuen Methode erlangen, die den Tag näher rückt, an dem jedes kleine Land Wasserstoffbomben in Heimarbeit fabrizieren kann.

U 235, das spaltbare Uran, muss aus natürlichem Uran gewonnen werden, sei es für Atomkraftwerke, sei es für Atombomben. Das natürliche Uran enthält etwa 0,7 Prozent Uran 235, und der Prozentsatz muss gesteigert werden auf 2,5 Prozent für Kraftwerke und auf 90 Prozent für Bomben.

Zurzeit wird Uran 235 auf eine sehr teure Art hergestellt, durch Gasdiffusion. Das ist ein Monate dauernder Prozess, der riesige Mengen Elektrizität erfordert. Dies hat, neben den enormen Kosten für die Anlage, kleinere Länder bisher gehindert, Atomwaffen zu bauen.

Der neue *Gaszentrifugenprozess* arbeitet mit Maschinen, die 10 000 Umdrehungen in der Minute machen und dabei das schwere U 238 von dem leichteren U 235 trennen.

Während nun aber die Anlagekosten für beide Methoden annähernd gleich sind, braucht die neue Methode nur etwa 10 Prozent der Elektrizität der anderen. Kleinere Staaten könnten leicht die Kosten für ein paar hun-

dert Gaszentrifugen aufbringen, die ausreichen, um eine Anzahl H-Bomben herzustellen.

Zehn Jahre Experimentierens haben fast alle technischen Probleme dieses Verfahrens gelöst, und damit kann die Produktion von U 235 planmässig in zwei Jahren beginnen.

Wenn nun also diese Produktion beginnt, so wird sie mehr herstellen können, als für den eigenen Bedarf nötig ist — für Friedens-, für Kriegszwecke —, und dann würde es kapitalistischer Logik widersprechen, nicht auch anderen Ländern etwas von dem Segen zur Verfügung zu stellen — für friedliche Zwecke, versteht sich. Aber hier bedeuten Gebrauch oder Missbrauch den Unterschied von Himmel und Hölle.

Holland ist eines der Länder, von denen man annehmen darf, dass sie Material und Wissen nur für den Bau von Kraftwerken brauchen wollen.

Westdeutschland ist ein anderer Fisch. Die Betriebszentrale soll in diesem Lande liegen, und die Sowjetunion hat schon zu erkennen gegeben, dass sie in dem Abkommen eine Drohung sieht. Es widerspreche dem Vertrag über Nichtweiterverbreitung und lasse den Verdacht aufkommen, dass die Bundesrepublik auf diesem Umweg doch noch zu den begehrten Atomwaffen kommen wolle.

In der Tat: auf die Dauer gesehen, ist das Abkommen eine wesentlich gefährlichere Drohung als die Möglichkeit der Weiterverbreitung auf zwei oder drei andere Länder. Unter ihm ist der Hersteller ermächtigt, mit Zustimmung aller drei Partner seine Produkte überallhin zu verkaufen oder Lizenzen zu erteilen. In einer gemeinsamen Erklärung sagen die Teilnehmer, sie seien bereit, «mit allen Ländern zur Fabrikation zusammenzuarbeiten». Wenn man nun die kommunistischen Länder ausnimmt, so bleiben doch ausser den europäischen noch eine Reihe anderer Länder, wie Indien, Pakistan und Südafrika, die potentiell Atommächte werden könnten.

Der Verkauf des Produkts ist sehr verschieden von dem Verkauf von Anlagen und der Übermittlung des Wissens; aber diese Erwägung scheint dem englischen Aussenminister nicht gekommen zu sein, wenn er bemerkt, dass das Abkommen der Weiterverbreitung ein Hindernis entgegensetzen solle. Was die «*Times*» zu der Bemerkung veranlasst: «Wann ist eine so stupide Erklärung zu einer Sache solcher Bedeutung gegeben worden?»

Trotz amtlicher Ablehnung lässt vieles darauf schliessen, dass die Länder des Gemeinsamen Marktes die Entscheidung über die Aufnahme anderer Länder von dem Austausch nuklearer Kenntnisse mit England abhängig machen wollen.

In dem Schlusssatz des Berichtes der Europäischen Kommission ist deutlich gesagt, dass man von England die Übermittlung nuklearer Kenntnisse erwarte und dass dieses Thema Gegenstand der kommenden Verhandlungen sein solle.

Einige europäische Länder haben Einwendungen gegen das Abkommen erhoben, und es wird Deutschlands und Hollands Aufgabe sein, sie zu entkräften. Dann aber wird es dem Parlament «in gewohnter Weise» zur Annahme vorgelegt werden.